

Über die Schwierigkeit, Stadtzerstörung zu verhindern und neue Stadt zu schaffen

Es läßt sich eine Stadt nicht einfrieren. Solange sie nicht zum Freilichtmuseum abgewirtschaftet hat, läßt sich auch die Zerstörung von bedeutungsbeladenen Gebäuden und Ensembles nicht vermeiden, wenn das Stadtleben dies verlangt. Das Kriterium für die Zerstörung von altem Stadtleben kann aber nur der Aufbau von besserem Stadtleben sein. Jegliche wertende Diskussion über die Veränderungen in einer Stadt hat bei der Wirklichkeit des Neuplans für seine künftigen Nutzer, die Bürger, anzusetzen.

Was es nicht mehr gibt

Die Stadt Luxemburg, in der die Kader von Industrie, Staat und lokalem Bankwesen in den bürgerlichen Vierteln wie Limpertsberg und Belair und um die Parks wohnten, die Arbeiter sich beim Bahnhof, in Hollerich und Dommeldingen um die Fabriken ansiedelten, und der Mittelstand in beiden Arten von

Wohngebieten heimisch werden konnte, diese Stadt gibt es nicht mehr. Sie hatte ihrem zugleich haupt- und mittelstädtischem Wesen zwischen 1867, als die Festung geschleift wurde, und 1949 als die teilweise Realisierung des Stübbenplanes unter der deutschen Besatzung auslief, eine paradigmatische ästhetische Dimension gegeben. Die Stadt und ihre Bürger waren miteinander im reinen. Diese Stadt ist mit Ausnahme des Plateau Bourbon und Teilen des historischen Stadtzentrums in den letzten 20 Jahren zerstört worden. Bis in die späten 60er Jahre entsprach der Lebensrhythmus in dieser Stadt dem der meisten europäischen Mittelstädte vor dem 1. Weltkrieg. Man pflegte Spaziergänge über breite, saubergefegte fast unbefahrene Boulevards, hörte sich am Sonntag das Platzkonzert der Garnisonskapelle unter den Platanen der Place d'Armes an, die Mittagspause verbrachte man noch zuhause, die Trams fuhren noch, die Amtsstuben waren dunkel und holzgetäfelt und das Parkett knarrte uralt. Es lebte sich in einem allumfassenden Unter-sich-sein, das zuweilen auch beklemmende Züge annehmen konnte. Aber dann

**Über den
Impakt der
EG-Institutio-
nen auf die
Stadt hat man
sich wenig
Gedanken
gemacht.**

rückte der anheimelnden Erstarrung eine neue Stadt an den Leib.

Die neue Stadt kommt

Über ihren Impact auf die Stadt hatte man sich wenig Gedanken gemacht, als man die EG-Institutionen herholte. Man baute ihnen eine Brücke und große Gebäude, man sah ein Gebiet 15 mal größer als das Stadtzentrum für ein künftiges Europaviertel vor, aber die Grundidee dieser urbanistischen Geste war die Exterritorialität und Fremdheit dessen, was da kommen sollte. Das erste Novum der Nachkriegszeit, das die Stadtbewohner in unmittelbarer Nähe beschäftigte, waren die "Résidences", die in den Merler Wiesen für die sogenannten "CECAs-Beamten" hochgezogen wurden. Sie waren wenig konform mit den Wohngewohnheiten der Einheimischen, man bedauerte die Bewohner dieser Häuser, aber das war auch alles. Man fand die Résidences nicht schön, aber die ersten sollten ja auch die letzten sein.

Auf der andern Seite brauchte die kapitalfreundliche Gesetzgebung von 1929 fast 40 Jahre, ehe sie den Finanzboom einleitete. Auf den Finanzsektor wurden Nichteingeweihte erst aufmerksam, als ab Ende der 60er am Boulevard Royal die Grundstückpreise schlagartig in für damalige Verhältnisse schwindelerregende Höhen stiegen und eine Villa mit Park nach der andern unter die Pike kam. Diese

Villen wichen Konstrukten, die viel größer und nicht viel schöner ausfielen als die Bâloise und die Machwerke an der Place de Paris, die Anfang der 50er bzw. 60er Jahre für Unruhe gesorgt hatten, eine Unruhe ohne Folgen, es sei denn für das alte Hôtel de Paris.

Es waren Familien mit großer Tradition, die den Platz räumten. Vertreter desselben Bürgertums, das sich nach 1867 seinem wirtschaftlichen Niederlassungsort verpflichtet gefühlt und aus dem Nichts um die alten Ringmauern eine richtige Stadt gehoben hatte, verkniffen sich die Frage nach dem, was kommen sollte. Eine Dekadenzerscheinung, die typisch ist für abtretende Entscheidungsklassen! Wohl war Starkes, gar Stärkeres am Werk. Und die Mittel, die der steuerlich begünstigte Finanzsektor einsetzte, um sie Gewerberaum zu verschaffen, waren verlockend.

Die neue Stadt, die sich ankündigte, mußte auf einen regelrechten Nenner gebracht werden. 1967 lieferte der Pariser Urbanist Pierre Vago einige allgemeine, vereinfachende, mathematische, historisch unreflektierte Formeln, die buchführerische Klarheit und formelle Uniformität in die Nutzung des Stadtbodens bringen sollten, auf den der Geldregen niederprasseln wollte. Das Stadtzentrum wurde kraft der neuen Bestimmungen den Banken überlassen. Damit glaubte man, das seine für die Einwohner, die man für den Rest immer weiter vom Zentrum wegverlegte, getan zu haben.

Widerstand gegen die Zerstörung des Sichtbaren

Die erste sichtbare Kehrseite der Geldschwemme war die Häßlichkeit des stählernen, gläsernen und betonierten Boulevard Royal. Als diese Bauweise polypenartig um sich griff, regte sich Widerstand. Um ein altes Haus, um eine Villa, um ganze Ensembles ließ sich gut streiten, waren diese Objekte doch Ziegelsteine eines kollektiven Gedächtnisses, das ohne wirklichen und einprägsamen Ersatz aufgehoben werden sollte. Es ließen sich Menschen, die an ihrer Stadt hingen, nicht gerne einen Teil ihrer selbst verschütten. Eine Idee fing zu dümmern an, daß eine Stadt mehr ist als ein Agglomerat von einzelnen Grundbesitzen, sondern als Ganzes, als Biotop des urbanen Menschen, allen Bürgern gehört. Aber diese Vorstellung konnte sich nicht durchsetzen. Die Auseinandersetzungen um die Villa des Roses, den Grund, Teile der Altstadt, der Großgasse, der Place d'Armes, um nur einige zu nennen, waren mediatisch und sentimental ebenso wirksam wie sie politisch und juristisch erfolglos blieben. Dabei kam der Widerstand gegen zerstörerische Abrisse, die durch nichts Gleichwertiges ersetzt wurden, aus Kreisen, die alles andere als marginal in der städtischen Gesellschaft einzustufen waren. Aber das Bildungsbürgertum, ob grüner, roter, blauer oder schwarzer Couleur, das hier federführend war, kämpfte mit ungleichen Mitteln, denn formal-juristisch wurden fast alle diese Abrisse im Sinne des Privateigentums, des Bautenreglements und des wirtschaftlichen Umbruchs der Stadt korrekt abgewickelt. Rechtsstaatlich abgesicherte Stadtzerstörung!



Die Rolle der Gemeinde Luxemburg bei dieser Stadtzerstörung ist eine schmutzige Rolle. Die Gemeinde war über Jahre nur an den Einnahmen der Stadt interessiert, als handle es sich um einen Selbstzweck. Stadtentwicklung wurde nur in der Form von Wirtschaftsexpansion gedacht. Man nahm die Winke und Wünsche des neuen Patronats aus dem Finanzsektor schneller wahr, als dem jetzt, 1990, lieb ist. Die Gemeinde steuerte blind auf die Zentralisierung des Dienstleistungssektors im Stadtzentrum zu. Bis 1986 lief das kommunalpolitisch gut. Als die kritischen Stimmen sich dann wieder mehrten und das Wort "Stadtkrise" den Weg in einflußreichere Medien fand als die eher selten gelesenen, aber fundierten Mitteilungsblätter der Stadtschützer, wurde der Pariser Urbanist Robert Joly zum Blitzableiter berufen. Auch standen die 87er Gemeindewahlen ins Haus. Der Wille zu neuem Handeln vom Ende der alten bis zum Ende einer neuen Amtszeit mußte vordemonstriert werden.

Man berauschte sich in der Öffentlichkeit jetzt weniger an der Modernität dieser Stadt. Man spürte, daß man sich übernommen hatte, daß nicht zu Bewältigendes eine lückenhafte Verwaltung mit einer stadtaufreibenden Bauordnung tagtäglich überrumpelte. Dieses Gefühl herrscht weiter vor in den Gängen der Gemeindeverwaltung. Was vermögen ein paar Architekten und ein Vierteldutzend Bautenpolizisten gegen den Druck des Finanzsektors? Wie kann solch eine winzige Verwaltung vermeiden, daß hunderte von Kleinbetrieben, die um die Kreditinstitute kreisen, tagtäglich Wohnraum in Büroraum verwandeln, legal oder illegal? Nichts! Aber warum hat man diese Verwaltungen nicht ausgebaut?

Die Häßlichkeit war nur das erste Symptom, mit dem sich die neue Stadt ankündigte und gegen das man sich zur Wehr setzte. Es folgten ebenso einschneidende wie schwer zu bekämpfende Phänomene wie die Pendler, die Wohnungsnot, die Verdreifachung der Immobilienpreise, die Stadtflucht, das Verkehrschaos, die Zersiedlung der Stadtperipherie, die den Lebensrhythmus der Stadtbewohner und Stadtbenutzer stark veränderten, ihre Lebensqualität grundlegend verschlechterten.

Robert Joly, oder wie man sich verzettelt

Der Mann aus Paris sollte zuerst gegen die Zerstörung des Sichtbaren Notmaßnahmen ausarbeiten. Mediatisierte Stadtpolitik legt vor allem Wert auf Kosmetik. Dem Buchstaben nach können seit 1987 Abrisse im Stadtzentrum ästhetisch abgefangen werden. Aber eine Stadt ist ja nicht bloß Fassade und Gewerbe, sie ist auch Wohnort einer Bürgerschaft. Dem trug Joly Rechnung, aber weniger Rechnung. Die ersten Schutzmaßnahmen zugunsten des Wohnraums im historischen Stadtzentrum fielen recht mickrig aus. Im Falle von großen Umbauarbeiten oder Neubau müssen 25% Wohnraum im neuen Projekt enthalten sein. Zugleich wurden Baudichte

und Bauhöhe reduziert. Der daraus sich ergebenden Verlagerung des Drucks auf die peripheren Wohnviertel beugte man nicht vor. Man ließ sich bis Juli 1988, also fast anderthalb Jahre Zeit, ehe Maßnahmen zugunsten des Wohnraums dieser Viertel getroffen wurden. Diese besagen nun, daß dort Wohnraum im Falle von großem Umbau oder Neubau nur dann verschwinden darf, wenn er in demselben Maße in demselben Viertel durch denselben Promotor gleichzeitig wieder neu entsteht. Zwischen März 1987 und Juli 1988 waren aber schon zahlreiche Wohnungen in diesen Wohnvierteln der schleichenden Spekulation zum Opfer gefallen. Und wie die neuen Regeln zum jetzigen Zeitpunkt eingehalten werden, kann man sich wegen der beschränkten Kontrollmöglichkeiten der Bautenpolizei gut vorstellen. Es entstehen solche Wohnungen, aber nach einigen Monaten geht der Eigentümer hin, nimmt einen kleinen, nicht verpflichtenden Umbau vor, und schon ist aus der Wohnung ein viel einträglicheres Büro geworden.

Bis jetzt hat Robert Joly kein heißes Eisen öffentlich angefaßt. Er hat sich auch geirrt, was im Urbanismus immer langfristige Folgen hat. Der Südwesten der Stadt schien ihm aus geographischen und verkehrstechnischen Überlegungen heraus der wesentlichste neue Entwicklungspol der Stadt zu sein. Das Resultat ist die pilzartig gewachsene Gewerbezone in Gasperich, wo mit Wellblech bedachte Lager mir nichts, dir nichts neben marmorgeblendeten Prunkbauten stehen. Ein kompliziertes urbanistisches Regelsystem hat hier Urkomisches gezeitigt. Ansonsten belieferte Joly die Gemeinde auftragsgemäß mit einer Diagnose der Stadt, die wie ein Geheimpapier gehandgabt wurde, obschon das Papier nichts enthielt, was auf eine neue und konkrete Vision der Stadtentwicklung deuten läßt. Die von ihm ausgefertigten ästhetischen Dienstbarkeiten für Teile des Plateau Bourbon waren gut gemeint, fielen aber schon bei einer 1. Lesung in verschiedenen konsultativen Kommissionen durch. Sie waren nämlich nur unter der Bedingung anwendbar, daß der Eigentümer eines Altbaus in den betroffenen Straßen steinreich ist, was nicht immer der Fall ist, so ausgeklügelt und kostenintensiv waren die Restaurierungsweisen vorgeschrieben.

Für Jolys Prestige aber ist einträglich gesorgt. Ihm und seinen Partnern war vertraglich die Möglichkeit eingeräumt worden, im Dienste der Stadt an Projekten mit großem Impact konkurrenzlos mitzuplanen, gegen Extrahonorare, versteht sich. Das brachte Joly in Architektenkreisen den Vorwurf der "concurrency déloyale" ein, da Urbanisten, die bei einer Stadt unter Vertrag stehen, sich in der Regel bei Einzelprojekten enthalten sollen. Deontologische Skrupel zeigte er aber keine. Seit 1987 mischen Joly und Scheiblauser in Verhandlungen, aber auch in Direktplanungen von diversen größeren Einzelprojekten der Stadt mit. Was dabei herausgekommen ist, läßt sich, wie es das neue "Sauerwiss"-Projekt oder das HAMALUX-Projekt belegen, zeigen. Aber was aus dem Gesamtplan für die Stadt geworden ist, da ist nichts zu erfahren. Der Urbanist Joly scheint sich in den vielen Einzelprojekten und damit verbundenen Fehden verzettelt zu haben. Seine Besuche aus Paris sind

Was vermögen ein paar Architekten und ein Vierteldutzend Bautenpolizisten gegen den Druck des Finanzsektors?

weniger geworden, sein Amtsbüro im Cercle steht immer länger leer.

Die Projektfehden

Wer sich aber in erster Linie verzettelt hat, das sind die verschiedenen verantwortlichen Behörden, die auf dem Grund und Boden der Stadt intervenieren. Nicht nur dem aufmerksamen Beobachter der Stadtpolitik fällt die Vielfalt der Projekte auf, die immer öfter, immer größer ausfallend, vorgestellt werden, Polemiken auslösen, wieder untergehen und verwandelt wieder auftauchen, wetterwendische spanische Schlösser. Keinem der Ausüßer staatlicher oder kommunaler Souveränität ist eines der Projekte, mit denen sie sich inszenieren und in die Zukunft zu projizieren glauben, eine Nummer zu groß. Zweifler sind Spielverderber, schaden dem Standort, tun Ungebührliches.

Wie soll einem aber bei einem Projekt wie dem der städtischen Erschließung der Place de l'Etoile nicht das Zweifeln kommen wegen der Art, wie der Standort verwaltet wird. Da geht die Stadt hin, läßt neue Straßenführungen und funktionale Bestimmungen vom Gemeinderat beschließen, um eine Auseinandersetzung mit dem Staat zu beenden, ohne Absprache mit dem Bautenministerium. Dort ist man erbozt und gräbt ein altes, durchaus wichtiges Projekt von Rob Krier aus, um die Stadt zu kontorn, obschon die Stadt sich teilweise desselben Modells bedient hat. Diese Pattsituation versucht die Stadt wiederum dadurch zu durchbrechen, daß sie einen Ideenwettbewerb ausschreibt, dessen Sieger in einer 2. Phase ein detaillierteres Projekt ausarbeiten sollen. Im Augenblick ist diese 2. Phase noch nicht angelaufen, was seit Herbst 1989 aber hätte geschehen können. Auch scheint es nicht einmal mehr klar zu sein, ob ein Bürozentrum mit Dienstleistungen und einigen Wohnungen für den Finanzsektor, wie es der Stadt vorschwebt, oder das neue Gerichtsgebäude auf der Place de l'Etoile entstehen soll. Es ist auch noch nicht sicher, unter wessen Kompetenz die Durchführung eines Projekts (welches Projekt)? fallen wird. In andern Worten, man kommt trotz mediatischer Ereignisse auf dem Boden der Tatsachen nicht mehr vom Fleck.

Solch ein urbanistisches Schattenspiel hatte man schon am Rond-Point Schuman erlebt, wo nach der mühsamen Fertigstellung der beiden Unterführungen der Staat eine Stadteinfahrt mit monumentalen Zügen, als sei das Projekt genehmigt, auf Schautafeln an Ort und Stelle ankündigte, eine Polemik über Kompetenzen mit der Stadt und über Stadtarchitektur mit den Kennern auslöste, sich zu den Kosten einer Simulation aus Rohrgestell und Glühbirnen hinreißen ließ, und, dem Druck der Gemeinde, die mitreden wollte, nachgebend, schließlich die Lichter ausmachte und das Vorhaben abblies. Seitdem ist ebenfalls dort nichts geschehen. Die Fundamente der Stadteinfahrt ruhen unter dem Asphalt.

Fragen wirft auch die Rocade de Bonnevoie auf. Der Staat kommt für die Kosten bis Bonneweg auf. Danach soll sich die Gemeinde um die Weiterfüh-

rung der Trasse kümmern. Wohin, wie, ist ebensowenig geklärt wie die Nutzung des Areals, das über dem überdeckten Bahnhof entstehen soll. Einige sprechen von 100.000 qm. Bürofläche. Verbindlich ist nichts.

Dann gibt es noch die Fehde um die unterirdischen Parkplätze unter dem Boulevard Royal. Lydie Wurth, die sich noch immer nicht gegen die autogerechte Stadt hat entschließen können, will sie dort haben, Goebbels nicht, wobei er punktuell recht hat, aber nicht weil er ein Gegner der autogerechten Stadt ist, sondern weil er sie woanders will, ohne daß sich dabei ein globaleres Verkehrskonzept abzeichnen würde.

Die Geltungssucht mit spanischen Schlössern nimmt zuweilen abstruse Formen an. Urbanismus-Schöffe Jängi Goedert ist z.B. ein Mann, für den eine normale Stadtbevölkerung eine ist, die nicht mietet. Er, der sich über lange Jahre mit Händen und Füßen gegen den Bau von Sozialwohnungen auf dem Gebiet der Hauptstadt sträubte, verkauft jetzt das Projekt "Sauerwiss" mit seinen 450 billigen Wohnungen, als sei es auf seinem Mist gewachsen. Zusätzlich buhlt er ebenso wie Goebbels und Wurth es woanders tun, um die Vaterschaft eines Großprojekts wie dem, das eine durchgehende Neu-Urbanisierung vom Paul-Wurth-Gelände bis zur rückgebauten Autobahneinfahrt Hollerich vorsieht. 160 Hektar städtisches Bauland sollen in den nächsten 20 Jahren mit 2 großen innerstädtischen Achsen, der rue de la Déportation und der rue de Hollerich, neu genutzt werden. Die Idee ist an sich gut. Aber es fragt sich, wer das alles bauen soll. Es ist ja nicht das einzige Großprojekt, über das geredet wird. Wer wird z.B. die Wohnungen bauen, die die Bevölkerung braucht, wenn eine Überzahl an gewerblichen Nutzbauten zu beseren Arbeitspreisen die ganze Baubranche überbeschäftigen? Es ist weniger eine Frage des Geldes als eine Frage der vorhandenen Arbeitskräfte, zumal EIN Großprojekt wie die Umgehungsstraße Ost noch nicht fertiggestellt ist. Daß diese Großprojekte alle gleichzeitig auf den Markt geworfen werden, ohne planerisch vertieft worden zu sein, zeugt dafür, daß die Entscheider den Sinn für Zeit verloren haben, und das heißt schlechthin den Sinn für Realität.

Ihre verwirrenden Geplänkel erinnern an feudale Vormachtkämpfe um wacklige Vormachtstellungen. Damit läßt sich auf Dauer weder Staat noch Stadt machen. Dafür wird zu unkoordiniert und unter imaginärem Leistungsdruck gehandelt. Ein jeder der Entscheider glaubt, seinen Wählern auf alle Kosten etwas vorzeigen, d.h. ankündigen zu müssen, und dann gibt es diese obsessive Angst, einem patronalen Wunsch nicht zeitig genug gefolgt zu sein. Die Überforderung wird zugleich eine in der Sache und eine in der Vorstellung. Sie mündet in die Selbstaufgabe. So hat man es versäumt, das neue Patronat, dessen Pläne man glatt, zu glatt für dieses Patronat selbst, absegnen, auf den Diskussionstisch zu holen. Man hat unaufgefordert seiner politischen Rolle als Regulativ entsagt. Man hat die Warnungen einer kompositen, städtischen kritischen Öffentlichkeit nicht ernst genommen, man hat sie wie Ungebührliches marginalisiert. Man hat die Demokratie in der Gemeinde sy-

Man hat die Demokratie in der Gemeinde systematisch abgebaut, nicht formalrechtlich, aber realpolitisch.

stematisch abgebaut, nicht formalrechtlich, aber realpolitisch. Langfristig haben der Staat und die Gemeinde damit ihre eigene Teilentmachtung vorweggenommen. Denn wenn Betriebsniederlassungen und ihr Impact von den politischen Instanzen ohne fundierten, auf Ausgleich bedachten Blick abgesegnet werden, die Vertreter der Bürger ihre Machtbefugnisse nicht nutzen, dann verschiebt sich immer merklicher die Souveränität über Staat und Gemeinde vom Volk in die Unternehmen.

Das Kirchberg-Projekt: ein Musterbeispiel verspielter Chancen.

Der wirtschaftliche Druck auf den Finanzplatz Luxemburg zeigt eine von oben nach unten durchgehend überforderte politische Klasse. Der vielbeschworene Konsens lebt von der interessierten Angst, das Neinsagen oder Anderssagen könnte zur Ächtung aus der symbiotischen Einheit von schwindender Politik und losgelassener Wirtschaft führen. Aber ernstzunehmende Gegenstimmen werden auch aus einem andren Grund seltener. Als der Druck auf das Stadtzentrum zu nicht wieder gut zu machenden Verschandelungen führte, mobilisierte sich noch eine beachtliche Minderheit, weil die Zerstörung historischer Anhaltspunkte im Stadtbild einen lebhaften Alltag aufriß. Und das war vermittelbar. Die letzten Projektankündigungen werden weder kopfnickend noch gebannt, eher blasiert hingenommen. Die Zerstörungen im Stadtzentrum waren sichtbar und spürbar. Sie sind typisch für die 1. Phase des Finanzplatzes. Die 2. Phase war die Verwandlung von bestehendem Wohnraum in Büroraum. Diese Phase wirkte sich besonders aufs Portemonnaie der Stadtbewohner aus. Die 3. Phase wird nun durch Pläne auf noch nicht bebautem oder städtisch nicht genutztem Land eingeleitet. Ein scheinbar schmerzloser Prozeß! Aber der Schein trügt.

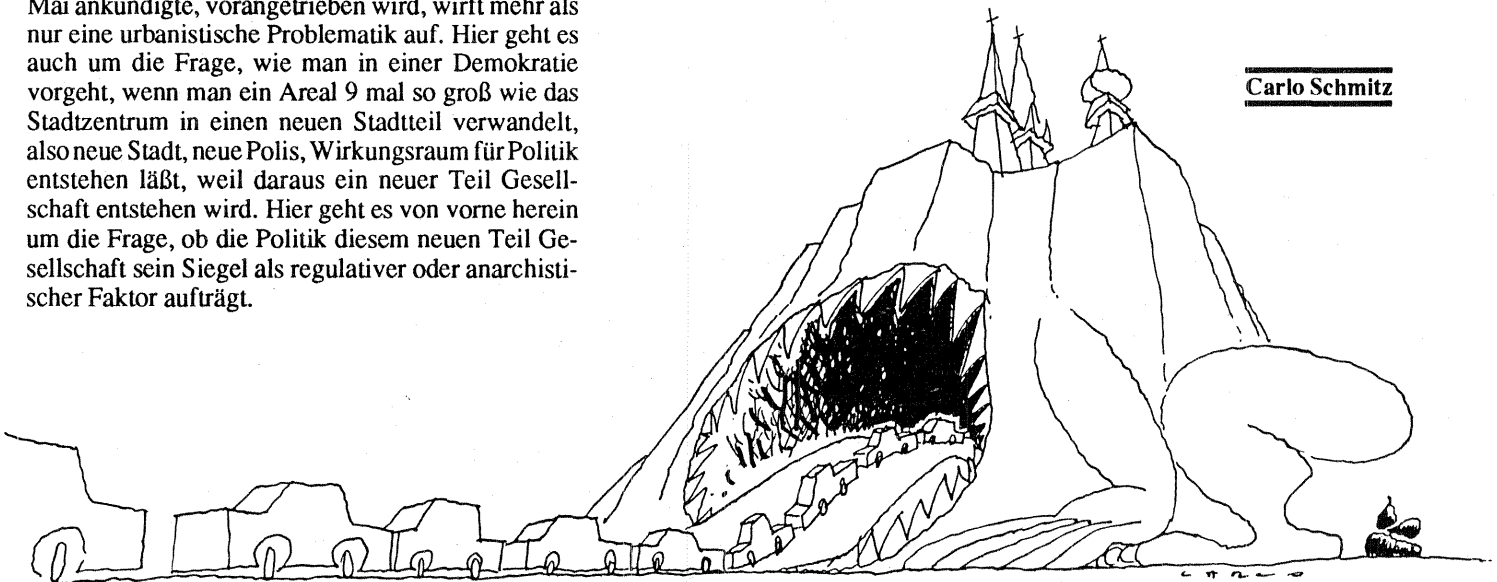
Die Art und Weise, wie von staatlicher Seite das Kirchberger Projekt, das Minister Goebbels Mitte Mai ankündigte, vorangetrieben wird, wirft mehr als nur eine urbanistische Problematik auf. Hier geht es auch um die Frage, wie man in einer Demokratie vorgeht, wenn man ein Areal 9 mal so groß wie das Stadtzentrum in einen neuen Stadtteil verwandelt, also neue Stadt, neue Polis, Wirkungsraum für Politik entstehen läßt, weil daraus ein neuer Teil Gesellschaft entstehen wird. Hier geht es von vorne herein um die Frage, ob die Politik diesem neuen Teil Gesellschaft sein Siegel als regulativer oder anarchistischer Faktor aufträgt.

Zum Kirchberg sei gesagt, daß er für den Schreiber dieser Zeilen als die Entwicklungsmöglichkeit der Stadt gilt, daß er einen kohärenten, in sich schlüssigen und auf den Rest der Stadt abgestimmten Bebauungs- und Entwicklungsplan braucht. Der noch nicht genutzte Boden des größten Teils des Kirchberg gehört geschlossen dem Fonds Kirchberg. Dieser Fonds ist dem Bautenminister und dem Rechnungshof unterstellt und wird vom Beamten Fernand Pesch präsiert. Das Land, das vom Fonds verwaltet wird, besteht im wesentlichen aus Parzellen, die in den 50er und 60er Jahren aus Gründen des öffentlichen Nutzens enteignet wurden. Die Geschlossenheit und Größe dieser Baulandreserven, die zugunsten der Stadt als Wirtschafts- und Europazentrum genutzt werden sollen, stellen für den Staat eine außergewöhnliche Ausgangsposition dar, um zusammen mit der Gemeinde neue Stadt zu schaffen.

Wie geht der Staat mit diesem Auftrag um? Im vergangenen Jahr wurde die Gemeinde mehrmals vom Fonds darum gebeten, die im Bebauungsplan festgelegte Bodennutzung verschiedener Parzellen auf dem Kirchberg zu verändern. Grünzonen wurden so erweitert, ebenfalls Wohnbaugebiete. Parallel dazu wurde die vor 3 Jahren noch vertraulich behandelte Vorstellung vom Rückbau der Autobahn nach dem Grünewald in der Öffentlichkeit verbreitet. Die Spitzen einer weitergehenden Überlegung, wenn nicht schon Planung hinter den verschlossenen Türen der Terres-Rouges, wurden sichtbar. Auf die Frage hin, was sie davon hielten, gaben die Stadtdilen vor, nichts davon zu wissen. Dabei zirkulierte zu diesem Zeitpunkt in internationalen Finanz- und Baugesellschaftskreisen längst eine Hochglanzbroschüre mit Vorworten von Santer, Poos, Schlechter, Wurth und Pesch, die für die "Rehabilitation" des Kirchberg warb. Und auf Seite 66 dieser Broschüre fand man schon die Vorpläne zu dem, was Goebbels jetzt angekündigt hat. Aber sogar jetzt will man von all dem nichts wissen. In andern Worten, indem man zugleich weiß und nicht weiß, bewahrt man sich Konfliktstoff für künftiges Gerangel um Vormacht und Kompetenzen und Verdienste auf.

Der Kirchberg als die Chance für eine kohärente Stadterweiterung

Carlo Schmitz



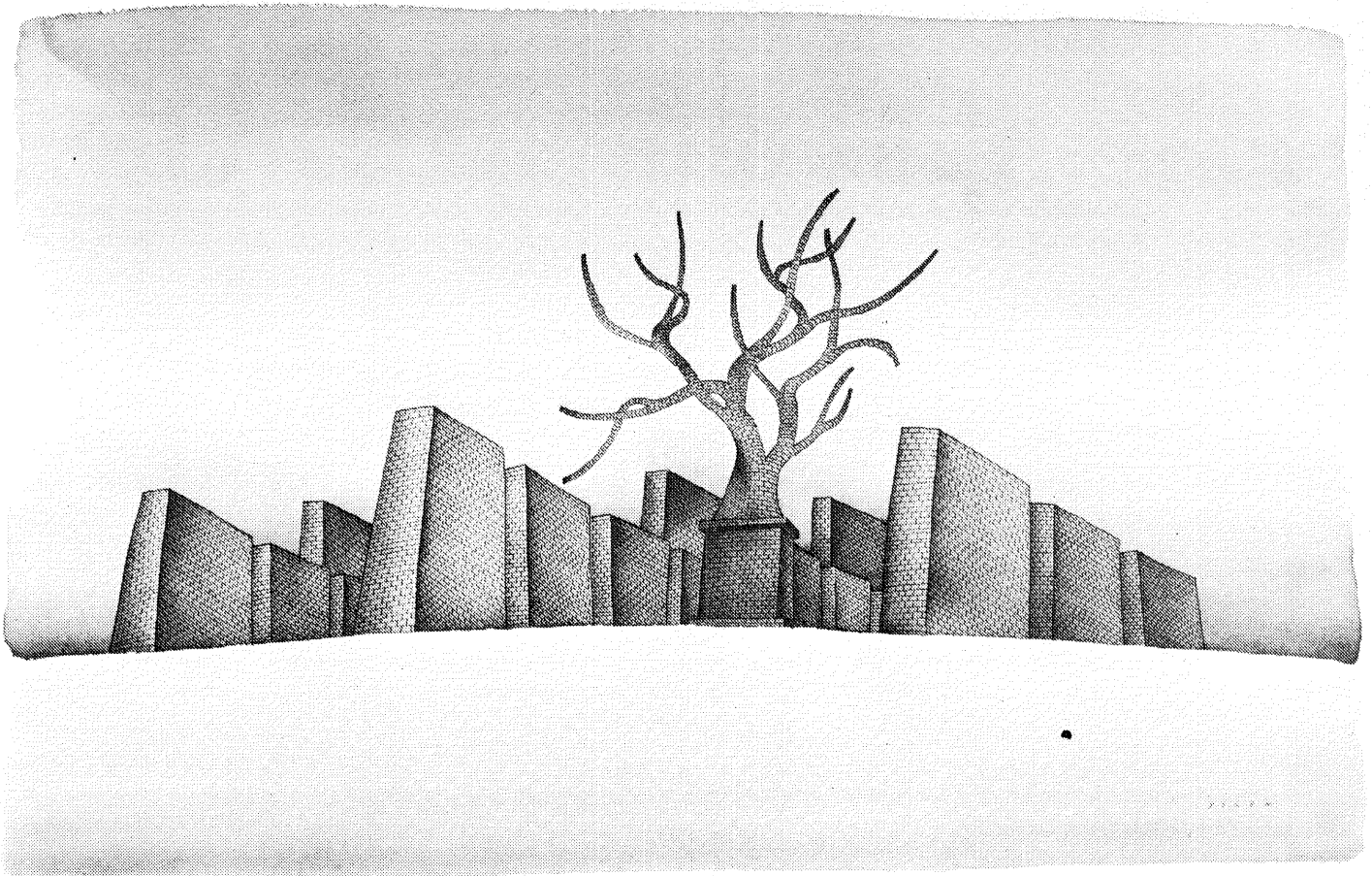
Ein Schritt in Richtung Öffentlichkeit mußte getan werden, als die konsultative städtische Bebauungskommission ein Teilprojekt, wo es immerhin um 280 Wohnungen geht, von denen einige mit Gangfluchten von 20 m versehen werden sollen, nicht gutheißen wollte, ohne über das Gesamtvorhaben, das sich hier abzeichnete, unterrichtet zu sein. Das von Pesch in Goebbels Auftrag vorgestellte Gesamtprojekt enthält ein großes Kommerz- und Dienstleistungszentrum mit Geschäften, Büros, Hotels, Kongreßsälen, Kinos und unterirdischem Parkraum dort, wo jetzt das Verwaltungsgebäude der Messe, die Bushaltestellen und das Restaurant stehen. Von der Autobahn bis zum Kiem, entlang dieses Zentrums, soll sich eine lange Reihe von Gesellschaftssitzen erstrecken. Der Bau der Deutschen Bank ist schon begonnen. Auf der anderen Seite des Boulevard Adenauer gegenüber den Gesellschaftssitzen und der Länge nach Westen ausgerichtet sind 800 Wohnungen für zahlungskräftige Interessenten vorgesehen. Zu diesem Komplex gehören auch die 280 Wohnungen, die die Bebauungskommission aufhorchen ließen. Als Erweiterung des Kiem ist eine noch nicht festgelegte Zahl an billigen Wohnungen vorgesehen. Weitere 200 teure Mietswohnungen unter der Regie eines franko-schwedischen Konsortiums sollen in der Nähe des Olympischen Bads entstehen. Dann wird Pullmann noch Studios bauen, und der östliche Autobahnrand soll in eine breite Allee mit Bürohäusern verwandelt werden. Dies klingt alles andere als unvernünftig. In der Tat entspricht jedes Teilprojekt realen Bedürf-

nissen an Wohnraum aller Art, an Büroraum und Geschäftsraum für die Bewohner und die Benutzer eines großen Stadtteils. Problematisch ist das Projekt nicht im Wortlaut, sondern in der räumlichen und gesellschaftlichen Artikulation der Teilprojekte. Problematisch ist das Projekt, weil die Frage seines Impaktes nicht gestellt worden ist. Problematisch ist es, weil staatliches Grundeigentum unter allzu verschiedenen Bedingungen veräußert wird.

Mit dem Kirchberger Projekt wiederholt der Fonds den Fehler, der seit Vago immer wieder auf dem Gebiet der Stadt wiederholt wurde: Zoning, d.h. eine städtische Planung, die den urbanen Raum funktionell aufspaltet, z.B. in einen Sektor, der die gewerblich genutzte Bauweise fördert und einen Sektor, der eher dem Wohnen oder der Industrie dient. Der Zoning zerstört die funktionelle Vielfalt und nach innen hierarchisierte Einheit des Stadtraumes. Der Zoning fördert hohe Verkehrsaufkommen und leerstehenden Stadtraum, sei es während der Arbeitszeit in den Wohngebieten, sei es nach der Arbeitszeit in den gewerblichen Sektoren.

Im Kirchberger Projekt sieht das so aus: hier baut man das Kommerzzentrum, dort die Gesellschaftssitze, jedes einzelne Gebäude für sich auf die vorgesehene Parzelle, in aufgebrochenen, abends und wochenends öde daliegenden Straßenfluchten. Den Wohnraum teilt man auf. Der eine Teils ist vorgesehen für die Wohlhabenden, hauptsächlich ausländische Kader, die dadurch weiter in die Extraterritoria-

Folon: Ville bleue, 1971



lität gedrückt werden, anstatt durch Integration an die Stadt, in der sie leben und arbeiten, interessiert zu werden. Der andre Raum ist für die Glückspilze unter den potentiell aus der Stadt Ausgeschlossenen vom Arbeiter- oder Mittelstand, die noch eine Wohnung auf Stadtboden ergattern konnten. Noch nie hatte die soziale Segregation als kalkulierte Ghettoisierung von Normalverdienern und Spitzenverdienern solche offene Formen in Luxemburg angenommen.

Die Veräußerungen von Grund und Boden sind ebenso fragwürdig, besonders wenn ein sozialistischer Minister so vorgeht. Für ihn ist die Verallgemeinerung der Erbpacht, die Ankurbelung von Projekten ohne Verkauf von staatlichem Bauland nicht diskutabel. Aber eine allgemeine Regel für die Veräußerung von Bauland gibt es auch nicht. Die Banken und großen Gesellschaften, die sich für eine Parzelle zum Bau ihres Sitzes beim Fonds meldeten, konnten diese, wenn sie wichtig genug waren, durch einfachen notariellen Akt, ohne öffentliche Ausschreibung und Konkurrenz erwerben, ohne größere Verpflichtungen gegenüber dem urbanen Umfeld, denn die erworbenen Parzellen bieten fast grenzenlose Freiheit.

Für die Parzellen des teuren Wohnviertels wird die Sache schon komplizierter. Das erste zur Bebauung freigegebene Areal ist in vier große Lose aufgeteilt worden, die mit einem siegreich aus einem Wettbewerb hervorgegangenen Projekt, das für die bauliche Durchführung im wesentlichen verpflichtend ist, zusammen versteigert werden. Mit der Versteigerung von Bauland für Wohnraum an große private Promotoren will man zuerst den Markt sondieren. In anderen Worten, wird das Projekt ein Reinfall, stehen ein gutes Dutzend Wohnklötze mitten in der Wiese. Denn optisch gesehen hat man in der Konzeption des Areals nicht viel Stadtdenken mitspielen lassen, gesellschaftlich noch viel weniger. Und das gilt auch noch, wenn die Sache kein Reinfall wird und die anderen 2 Areale hinzukommen und die 800 Wohnungen vollendet werden.

Das Bauland für die billigen Wohnungen kommt an den Fonds du Logement, als Erbpacht, was zu begrüßen ist, weil das zur Senkung der Baupreise ebenso beiträgt wie zur Aufrechterhaltung der behördlichen Handhabe über städtisches Bauland. Sonderbar ist nur, daß diese Handhabe gerade für die billigen Wohnviertel, wo am wenigsten Spekulation zu befürchten ist, behalten wird, als ob von da die urbanen Störungen zu erwarten wären, nach dem Motto "classes laborieuses, classes dangereuses!" Für die anderen Areale müssen alle möglichen Argumente herhalten, um die privilegierende Veräußerung von Staatseigentum zu rechtfertigen. Versteigerungen seien die demokratischste Form der Veräußerung, Erbpacht sei auf städtischer Ebene nur in England praktikabel, bei uns sei sie nur für Industriegelände und Agrarland anwendbar. Die für Gesellschaftssitze verkauften Parzellen seien halt an wichtige Firmen, die sie unbedingt brauchten, verkauft worden. Daß sich hier immer wieder widersprochen wird, spielt für die Entscheider keine Rolle mehr. Rechtfertigungen aus dem Mund von Pesch oder Go-

ebbels sind beliebig und auswechselbar. Das einzige, was für den Beobachter noch gelten kann, da sind die Tatsachen, die vollendeten und die beabsichtigten.

Im Falle des Kommerzentrums hat der Fonds Kirchberg große international engagierte Firmen angeschrieben. 11 unter den mit hoheitlichen Rechten Auserkorenen haben Modelle, Konzepte und Finanzierungspläne eingeschickt, die dann überprüft und ausgewertet worden sind. Hier ist ein Milliardenprojekt für private Betreiber nicht einmal öffentlich ausgeschrieben worden. Das dürfte zumindest nachdenklich stimmen. Ich glaube nicht, daß diese Art von Projektvergabe illegal ist. Der Fonds kann rechtlich gesehen eine Menge Eigeninitiativen nehmen. Aber ich weiß, daß diese Art Projektvergabe nicht rechtschaffen ist, am wenigsten gegenüber den Menschen, die eine Wohnung suchen und denen es nicht so einfach gemacht wird. Sie schreibt kein sozialistischer Minister an, um ihnen ein Grundstück oder eine Wohnung anzubieten. So gilt diese Kritik nicht so sehr den Firmen, für die die Oese zum Tor wurde, durch das sie schossen, sondern den immer hoheitlicher und verantwortungsloser vorgehenden Entscheidern.

Denn Verantwortungslosigkeit ist am Werk, wenn von oben beschlossen wird, mehrere tausend Einwohner und 13.000 Arbeitsplätze in einem Areal aufzunehmen, ohne daß ein verkehrspolitisches Konzept vorliegt, das über den Bau der Ost-Umgehungsstraße, den Rückbau der Autobahn und das äußerst fragliche Metro-Projekt hinausgeht. Ein die Stadt und ihre Umgebung betreffendes Konzept für den öffentlichen Transport ist nicht an das Kirchberger Projekt gekoppelt. Die Frage der Energiezulieferung ist ebenfalls nicht gestellt, auch wenn man auf Kirchberg eine Reihe Pilotprojekte in Sachen Heizung starten will. Die Frage nach den Infrastrukturkosten für die Gemeinde ist nicht beantwortet. Die Einbettung des Projekts in die Landesplanung ist ein Thema, das tabu ist und den Auftrag des Landesplanungsministeriums für diese Legislative zu schmälern droht. Der Minister für Urbanismus und Wohnungsbau glänzt durch seine Abwesenheit. Spautz und Bodry wurden von Goebbels de facto ausgebootet. Von Zusammenarbeit kann keine Rede sein. Die Ministerien dieser Regierung verselbständigen sich wie die Meiereien des Merowingerreiches, als die faulen Könige regierten.

Als Goebbels Mitte Mai das Projekt selbst an die Öffentlichkeit trug, verkaufte er es, als sei es schon abgesegnet, was rein rechtlich nicht der Fall ist, und abgeschlossen und durchdacht, was rein sachlich noch viel weniger der Fall ist. Es besteht also durchaus die Möglichkeit, die Planung verschiedener Teile des Projekts, so des Kommerzentrums, der Wohnviertel sowie des Dienstleistungsboulevards umzumodeln. Goebbels hat noch immer die Möglichkeit, ohne das Gesicht zu verlieren, aus dem Abenteuer auszusteigen, und in Zusammenarbeit mit seinen Ministerkollegen und Partnern der Gemeinde einen Maßstab für die Schaffung neuer Stadt zu setzen. Er hat auch die Möglichkeit, das neue Patronat, das an dem Vorhaben interessiert ist, an den Diskussions-

Die Einbettung des Kirchberg-Projekts in die Landesplanung ist ein Thema, das tabu ist.

tisch zu rufen.

Das neue Patronat sichtbar machen

Das neue Patronat muß nämlich in der aktuellen urbanistischen Debatte, wo aus Brachland neue Stadt entstehen kann, sichtbar werden. Immerhin haben seine Betriebe diesen Städtebau ausgelöst.

Noch nie war der Impakt eines Wirtschaftssektors auf die Stadt und das Land, gar über die Staatsgrenzen hinaus so bestimmend und umfassend wie der des Finanzsektors. Es reicht nicht mehr aus, daß einzelne Vertreter dieses Patronats als private Betreiber eines Einzelprojekts an Verhandlungen administrativer Natur mit den Verwaltungen teilnehmen. Es müssen Wege gesucht werden, wie dieses Patronat als Gruppe in Planungsdiskussionen über Stadt- und Landesplanung integriert werden könnte. Es soll sich positiv an dem von ihm ausgelösten Städtebau beteiligen, dem Raum und der Gesellschaft seines Standorts verpflichtet werden.

Das ist bis jetzt nicht erfolgt, weil die politische Klasse glaubt, solch eine Forderung könnte Investoren abschrecken. Schwerwiegende Disfunktionen im Stadtleben sind damit vorprogrammiert, wie in vielen europäischen Städten. Zuerst gibt es den Bürger Investor, der über alles gesetzt wurde und den Normalbürger, normal verdienend, normal verantwortlich, normal besteuert. Dann gibt es die anarchischen Betriebsniederlassungen im Namen der freien Marktwirtschaft, und diese wilde liberale Interpretation der demokratischen Verfassungen drückt den Normalbürger aus jener Stadt, in der er arbeitet, aber nicht mehr wohnen kann. Deklassierungsgefühle machen sich breit, Konsense, mit denen sich leben ließ, zerbrechen, die Suche nach dem Sündenbock beginnt, der Ausländerhaß macht sich breit. Nichts von dem können wir uns als Gemeinwesen erlauben! All dies läßt sich vermeiden!

Die Investoren und ihre Kader sind unentbehrliche Teile der qualifizierten Einwanderung. Es ist eine elementare Frage der Demokratie, daß auch mit ihnen wie mit allen Beteiligten das Problem der Schaffung neuer Stadt in der Stadt global angegangen wird. Nur im Dialog zwischen Gemeinde, Staat, repräsentativen Bürgervertretungen und Investoren, im Rahmen einer Runde, die man die Quadripartite nennen könnte, können Stadtviertel um die Firmensitze entstehen, anstatt neben ihnen, können Geschäftszentren mit vielleicht bescheideneren Ausmaßen in unmittelbarer Nähe der Bewohner und Benutzer des Stadteils funktionieren, anstatt neben ihnen, können die Bewohner und Benutzer des neuen Kirchberg in einer wirklichen, gemischten urbanen Umgebung leben und arbeiten, anstatt neben ihr, d.h. dem 3 km entfernten alten Stadtzentrum.

So wie die Sache jetzt angegangen wird, ähnelt die Operation Kirchberg einer Selbstaufgabe des Staates und auch der Gemeinde, die weder politisch noch

technisch ihren Auftrag als Koordinatoren und regulative Instanzen wahrnehmen. Eine einmalige Planungsmöglichkeit wird ausverkauft. Als das Angebot gemacht wurde, wurde den Nachfragern nicht einmal die Frage gestellt, ob sie bereit wären, auf städtischere, verpflichtendere Formen des Angebots einzugehen. Dabei war soviel Servilität von seiten des Staates nicht gefragt. Ausländische Beobachter können bei diesen Vorgängen über soviel als Sorglosigkeit kaschierte Unfähigkeit nur staunen. Der Staat unterwirft sich Gesellschaften, die über mehr und bessere Planer und Juristen verfügen als alle Behörden des Landes zusammen aufbringen können. Neben dem Alldruck des Politikers als Wirtschaftsförderer, der immer wieder Angst hat, den Erfordernissen der Wirtschaft nicht gerecht zu werden, bewirkt sachliches Unvermögen, mit komplexen und scheinbar modellosen Situationen umzugehen, den Ausverkauf des Kirchberg. Da solche Projekte sich mehren werden, wird es der Staat immer schwerer haben, seine Autorität geltend zu machen. Der Mangel an Professionalität im öffentlichen Dienst verstärkt den Mangel an politischen Zukunftsvorstellungen in einer versteinerten politischen Klasse. Lücken tun sich auf, die eine Grenze der staatlichen Regulationsfähigkeit zeigen, die sich bis 1993 zu einer Krise des Systems mausern kann.

Es ist zugleich wahr und lächerlich, wenn Urbanismus-Minister Spautz erklärt, Luxemburg laufe Gefahr, Opfer seines Erfolgs zu werden. Denn in der Urbanismus-Debatte hat er noch keine Stellung bezogen, über das Kirchberg-Projekt hat er sich noch nicht beäußert. Indem die servile Politik das neue Patronat tabuisiert, schafft sie Nutzraum anstatt Stadt und baut damit ihren eigenen Wirkungsraum, die Polis.... als gesellschaftlich zusammenhängendes Gemeinwesen ab. Die sich selbst aufhebende Politik wird zur Geburtshelferin eines gesellschaftlich losen und unwirklichen Stadtraums, der dem Gesetz optimaler Geldvermehrung unterworfen ist. Die technisch höhere Qualifikation des Finanzsektors disqualifiziert unqualifizierte Politik.

Dieser Prozeß entmündigt auf die Dauer die Bürger. Eine Demokratie schwindet allmählich dahin, wenn die gewählten Vertreter der Bürger sich freiwillig an den Rand der großen Entscheidungen und Projekte drücken lassen und sich so benehmen, als verlange man von ihnen nur noch das Wort "ja".

Die Stadt als Biotop der menschlichen Gesellschaft muß so geplant, gebaut, verwaltet und erneuert werden, als gehöre sie allen Bürgern und als gehörten alle Bürger zur Stadt als Gemeinwesen. Wenn die politischen Mandatsträger in Luxemburg dies weiter vergessen, werden größere gesellschaftliche Krisen nicht ausbleiben.

Victor Weitzel

Mitglied der "Commission du projet d'aménagement" der Stadt Luxemburg

Mitglied der LSAP

10.6.1990

Die Stadt als Biotop der menschlichen Gesellschaft muß so geplant werden, als gehöre sie allen Bürgern und als gehörten alle Bürger zur Stadt als Gemeinwesen.